Krakauer Zeitung.

Nr. 283. Dinstag, den 11. December 1860.

IV. Jahrgang.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung". Zusendungen werden franco erbeten.

Krakau, 11. December.

Wie der „K. Z." aus Berlin geschrieben wird, ist zwischen den Cabinetten von Wien und Berlin ein völliges Einverständniß über das gegen Dänemark einzuschlagende Verfahren hergestellt, und es sind zunächst die anderen deutschen Regierungen ersucht worden, ihre Vertreter am Bunde mit entsprechenden Instructionen zu versehen. Man hofft, daß sich eine Einstimmigkeit der Bundesglieder in dieser Frage herausstellen und daß auch Hannover diesmal auf separate Anträge verzichten werde.

Zwischen England und Frankreich ist, wie eine tel. Dep. der Hamb. Nachr. meldet, eine Verständigung wegen Syriens angebahnt. Eine Verlängerung der französischen Occupation wird keineswegs ohne ein europäisches Einverständniß und ohne Genehmigung einer neuen Pariser Conferenz stattfinden.

Es ist jüngsthin von Explicationen die Rede gewesen, welche zwischen Turin und Paris auf Grund des Verhaltens der französischen Flotte vor Gaëta Statt gefunden hätten. Ein Pariser Correspondent der „K. Ztg." bezweifelt diese speciellere Auffassung; dagegen habe der neuerliche Ministerwechsel und namentlich der Wiedereintritt Persigny's in das Cabinet den Grafen Cavour zu der beunruhigten und, wie man sagt, sehr dringlichen Anfrage veranlaßt, ob jener Personenwechsel gleichzeitig als Systemwechsel betrachtet werden müsse und ob die gegenseitigen Beziehungen eine Veränderung dadurch erlitten haben. Graf Vimercati, der am 3. December von Paris nach Turin abgegangen ist, wird als der Ueberbringer einer sehr befriedigenden Antwort auf jene Frage genannt.

Die Broschüre: „l'Alliance Autrichienne," deren schon erwähnt wurde, ist zwar in einem Oesterreich sehr günstigen Sinn geschrieben, aber desto schlimmer wird Preußen darin mitgespielt, auf dessen Schwächung und Verminderung es noch fast mehr abgesehen ist als auf die Wiederherstellung eines starken Oesterreichs. Es ist schwer zu behaupten, daß der Verfasser von der Regierung inspirirt worden sei, aber es gibt, schreibt ein Pariser Correspondent der „N.P.Ztg.", französische Staatsmänner, welche ganz so wie der anonyme Verfasser sagen, daß die Politik jedes Volkes gewisse desiderata habe, die man als das „Object" seiner Diplomatie bezeichnen könne: für Rußland ist es der Bosporus, für Preußen die Leitung der deutschen Angelegenheiten und gleichzeitig eine gewisse Gebietsvergrößerung, für Spanien Portugal, für Oesterreich, nachdem es die Suprematie in Italien verloren hat, eine starke Position im mittelländischen Meere. Was Frankreich betreffe, so liege es auf der Hand, daß das Object seiner Politik nur die Erwerbung der Rheingrenze sein könne. Das ganze „Object" der Broschüre ist nun, eine politische Combination zu finden, welche Preußen auf die Allianz mit dem — eben darin sehr unsicheren — England beschränken und es dem französischen Kaiserreiche leicht machen würde, die Rheingrenze zu erobern. Denn „einige Personen scheinen zu glauben, daß man Preußen durch das Anerbieten gewisser Entschädigungen zur freiwilligen Abtretung der Rheinprovinzen bewegen könne, und daß die Annexation dieser Provinzen eines Tages in ganz friedlicher Weise, etwa wie die Savoyens vor sich gehen würde. Aber, abgesehen davon, daß die Schlachten in der Lombardei diese so friedliche Lösung nicht wenig vorbereitet hatten, ist es schwer zu glauben, daß der König von Preußen jemals unserer Mitwirkung in einem solchen Maße bedürfe, daß er geneigt sein würde, sich mit der Abtretung eines reichen Gebietstheiles zu bezahlen. Wollte er es selbst, böte man ihm noch kostbarere Provinzen an, er würde nicht einmal können. Das ganze „Deutsche Vaterland" würde sich gegen ihn erheben und er würde in einem Tage die Frucht seiner Intriguen, Oesterreich von der Spitze Deutschlands zu verdrängen, verlieren." (Also mit Gewalt!) Oesterreich aber würde die Zurückführung seiner gefährlichen Nebenbuhlerin auf den Rang einer Macht zweiten Ranges sehr gerne sehen, und Frankreich kann seinerseits nur wünschen, daß Oesterreich im Süden seines Reiches Erwerbungen mache. Die Allianz mit Oesterreich schließe die mit Rußland übrigens nicht aus, und die italienischen Angelegenheiten müßten auf der Basis von Villafranca und Zürich geregelt werden. — Das ist der wesentliche Inhalt der Schrift, die mit der Warnung schließt, daß Europa den Kaiser der Franzosen nicht zwingen möge, die Jacobinermütze (!) aufzusetzen. Das würde den Regierungen schlecht bekommen. (Wir sterben nicht an Drohungen.)

Italiener haben an den Kaiser Napoleon eine Adresse unterzeichnet, worin sie ihn ersuchen, seine Truppen aus Rom zurückzuziehen. Die Unterzeichneten stellen dem Kaiser vor, daß die italienische Frage nicht aus der Willkür herauskomme, so lange dieselbe nicht die Unverletzbarkeit des Gebietes erlangt habe und unter die Bürgschaft eines Prinzips gestellt sei. Rom sei für Italien das „Symbol der Einheit in der Liebe"; dem italienischen Volke gehöre Italien, deshalb heißt es am Schlusse: „Im Namen des Rechtes, im Namen Italiens, im Namen Frankreichs, Sire, ziehen Sie Ihre Truppen aus Rom zurück!" Adressen in ähnlichem Sinne wurden, wie die Independance belge meldet, an das englische Parlament, so wie an das italienische Parlament unterzeichnet.

Man sagt, daß der General Goyon im Auftrage des Kaisers Napoleon sich nach Neapel begeben wird. Bei der bekannten Gesinnung des Generals ist diese Nachricht eben nicht geeignet, der piemontesischen Regierung Freude zu verursachen.

Nach der „Pr. Z." entbehrt die aus der „Westfäl. Ztg." aufgenommene Nachricht über bevorstehende Veränderungen im Waldeckschen Regierungs-Collegium jeder Begründung.

Nach Berichten aus Petersburg wird dort der verlängerte Aufenthalt des Prinzen Albrecht von Preußen (Sohn) mit Vermälungsprojecten in Verbindung gebracht. Man bezeichnet die Prinzessin Marie von Leuchtenberg als den Gegenstand der Wahl des Prinzen.

Abd-el-Kader hat so eben auf officiellem Wege ein sehr schmeichelhaftes Schreiben von Schamyl (bekanntlich jetzt in Russischer Gefangenschaft) erhalten, der ihm zu dem Schutz, den er den Christen gegen ihre Angreifer während des Aufstandes gewährt, Glück wünscht, und indem er einen Vers des Korans anführt, sagt: die Angreifer hätten den Fluch des Propheten auf sich geladen, der Emir selbst aber habe die himmlische Glückseligkeit gewonnen. Der Brief ist mit den Worten unterzeichnet: „Schamyl, der sich in den Händen der Unglaubigen befindet."

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 19. September 1860.

(Fortsetzung.)

Der Herr Leiter des Finanzministeriums: „Es ist das letztere der Fall. In den betreffenden Ländern hat der Grundentlastungsfond noch nicht jene Höhe und Kräftigung erreicht, daß daraus die vorfallenden Auslagen gezahlt werden könnten, wenn nicht der Staat eine Unterstützung leistet, daher die Nothwendigkeit derselben.

„In einigen Kronländern bestehen Ueberschüsse, in den anderen Abgänge, und es ist deren Einnahme so gering, daß der Staat zu Hilfe kommen mußte, um die Erfüllung der Verpflichtungen des Grundentlastungsfondes möglich zu machen."

Graf Bárkoczy: „Das sind also Vorschüsse, welche die Staatsverwaltung jenen Ländern gewährt, wo zu wenig einkommt. Wo aber zu viel einkommt, findet also da keine Refundirung statt?"

Der Leiter des Finanzministeriums: „Allerdings. Ich habe schon in einer früheren Sitzung gesagt, daß künftighin die Einbeziehung von Grundentlastungsfonds-Ueberschüssen in die Staatskasse nicht mehr geschehen wird und auch seit den letzten zwei Jahren nicht mehr erfolgt ist, und daß in dem Voranschlage vielmehr für die Rückerstattung solcher Ueberschüsse vorgesorgt wird.

„Diese Rückerstattungen betragen im heurigen Jahr eine halbe Million, im vorigen Jahre beiläufig anderthalb Millionen.

„Die Verhältnisse sind nicht in allen Kronländern gleich; daher mußten einerseits Subsidien aus der Staatskasse, andererseits Rückzahlungen an entlehnten Ueberschüssen im Präliminare erscheinen."

Reichsrath Graf Clam las den Komité-Bericht weiter:

„Daß die Erträgnisse der Kapitals-Anlagen diese nicht mit fünf von Hundert verzinsen werden, dürfte wohl kaum einem Zweifel unterliegen.

„Noch weniger kann es aber zweifelhaft sein, daß die Ausgabe für Zinsengarantien für den Staatshaushalt keine productive ist, oder es doch erst in fernerer Zukunft und nur unter sehr problematischen Verhältnissen werden kann.

„Wenn daher jene 25 Millionen durch Vermehrung der Staatsschuld gedeckt werden müssen, so wird dadurch nothwendig die Passivität des Staatshaushaltes erhöht, die Finanzlage auch weiterhin verschlimmert, und es muß somit jener Abgang von 25 Millionen von diesem Standpunkte aus unzweifelhaft als ein reelles Deficit betrachtet werden, dies um so mehr, als bei diesem Resultate der Kriegszuschlag mit mehr als 32 Millionen noch immer in Einnahme gestellt ist, dessen Beibehaltung nach wiederhergestelltem Frieden ebenso drückend als anomal ist. Jedenfalls kann dieser Zuschlag nicht als eine ordentliche Einnahme betrachtet und es kann darum keineswegs der in dem allerunterthänigsten Vortrage enthaltenen Konklusion beigetreten werden, daß mit dem finanziellen Ergebnisse des Jahres 1862 das Gleichgewicht im Staatshaushalte bezüglich der laufenden Gebarung als hergestellt zu betrachten sei.

„Es ist vielmehr nothwendig, sich darüber keiner Täuschung hinzugeben, daß wir mit einem bleibenden Defizit zu thun haben.

„Ob dasselbe auf die angegebene Ziffer sich beschränken werde, hängt zunächst von äußeren Eventualitäten ab, die sich jeder Berechnung entziehen, die aber bei der heutigen Weltlage kaum mit Wahrscheinlichkeit als ausgeschlossen betrachtet werden können.

„Aber angenommen selbst, daß keine äußeren Einflüsse die Voraussetzungen des Staatsvoranschlages beirren, so ist auch dann noch die Beschränkung des Defizits auf die angegebene Ziffer von der Verwirklichung hypothetischer Ersparungen einer- und von der vollen Einbringlichkeit der Bedeckungsmittel andererseits bedingt: Bedingungen, welche keineswegs verbürgt werden können.

„Dieses Defizit zu decken, kann nur durch neuerliche Vermehrung der Passivlast des Staates, also durch jenes Mittel ermöglicht werden, dessen zehnjährige Anwendung uns eben in den dermaligen Finanzstand versetzt hat.

„Behoben aber könnte das Deficit nur werden, entweder durch eine Erhöhung der Einnahmen oder durch eine weitere Verminderung der Ausgaben.

„Eine Steigerung der Staatseinnahmen kann jedoch nach dem in Betreff der Bedeckung der Staatserfordernisse weiter oben Dargestellten durchaus nicht in Rechnung gezogen werden. Es muß hierauf um so mehr Nachdruck gelegt werden, als eine zunehmende Verarmung eines großen Theiles der Bevölkerung in mancher ihrer productiven Berufsklassen ein bedenkliches aber nicht zu verkennendes und zu bemäntelndes Symptom — in gewissen Beziehungen ein Ergebniß — unseres finanziellen Zustandes ist. Diese Verarmung droht um so mehr die Einnahmsquellen des Staates zu beeinträchtigen, als eine wachsende Mißstimmung dazu beiträgt, dieselben zurückzudämmen.

„Daß auf der andern Seite eine wesentliche, Ausschlag gebende Verminderung der Staatsausgaben durch weitere Reduktionen in den weiteren Verwaltungszweigen nach ihrer dermaligen Einrichtung und selbst — so weit darüber Anhaltspunkte gegeben wurden, nach ihrer beabsichtigten Umgestaltung nicht zu hoffen ist, zeigt sowohl der Bericht über die einzelnen Theile des Staatsvoranschlages, als selbst der allerunterthänigste Vortrag des k. k. Finanzministeriums.

„Eine den Haushalt wesentlich erleichternde Verminderung in dem Ausgangsbudget könnte allerdings in der Zinsenlast der Staatsschuld gesucht werden welche mit ihrer den ganzen Ertrag der directen Steuern aufzehrenden Höhe ein wesentlicher Faktor in dem Deficit ist.

„Es ist selbstverständlich — es ist auch wiederholt an maßgebendem Orte ausgesprochen worden und wird auch gewiß von dem hohen Reichsrathe mit allem Nachdrucke betont werden, daß eine Verminderung der Zinsenlast des Staates nur durch eine Operation angestrebt werden dürfe, welche auf dem Prinzipe der Freiwilligkeit und der Heilighaltung eingegangener Verpflichtungen beruht und somit den Staatsgläubigern in jeder Beziehung gerecht wird.

„Eine auf solchen Grundlagen beruhende Zinsen-Conversion mag nun immerhin als eine in der Zukunft anzustrebende, ja sogar als eine zur völligen Ordnung des Staatshaushaltes unerläßliche Operation betrachtet und im Auge behalten werden; so viel steht fest, daß die momentane Lage den Gedanken an deren baldige Verwirklichung ausschließt und daß sonach von dieser Seite eine unmittelbare oder doch für die nächsten Jahre in Rechnung zu bringende Einwirkung auf den finanziellen Zustand des Reiches nicht zu erwarten ist.

„Dasselbe gilt von jenen Operationen, welche darauf berechnet sind, einen normalen Zustand der Valuta wieder anzubahnen.

„Daß der schwankende Zustand der Valuta einer der wesentlichsten Uebelstände in unserer finanziellen Lage ist, daß derselbe dem Staatshaushalt weit größere Opfer auferlegt, als jene Summe von 10 Millionen, welche sich als Wechsel- und Münz-Verlust beziffert, daß er wesentlich an dem Wohlstande des Landes nagt, Besitz und Production beeinträchtigt und daß daher eine Behebung dieses Zustandes ein dringendes und unabweisbares Bedürfniß ist, kann eben so wenig verkannt werden, als es eines Beweises bedarf.

„Nichtsdestoweniger drängt sich aber auch die Ueberzeugung auf und wird durch die Erfahrungen der letzten Jahre bekräftigt, daß dieses Uebel nicht augenblicklich, nicht mit Einem Schlage, daß es nicht durch blendende, die Früchte der Heilung antizipirende Operationen behoben werden könne: daß die Operationen vielmehr nur dann, anstatt wie bisher Millionen zu verschlingen, einen gedeihlichen durchgreifenden Erfolg versprechen, wenn sie mit der Regelung des Staatshaushaltes, mit der Heilung unserer finanziellen Zustände harmonisch verbunden, und wenn die gemeinsamen Wurzeln des Uebels gründlich und dauernd beseitigt sein werden.

„Alle äußeren Erscheinungen und Ergebnisse unserer Finanzlage führen daher mit unwiderstehlicher Gewalt zu der Ueberzeugung: daß das bisherige Finanzsystem an seinen äußersten Consequenzen angelangt ist und daß aus ihm selbst heraus keine Mittel sich darbieten, um der Lage der Staatsfinanzen gründliche Abhilfe zu bringen; sie führen aber eben darum auch zurück auf den tief liegenden Zusammenhang der inneren Zustände, von denen die Finanzlage eben nur Ein Symptom — und kaum das bedeutendste — ist; sie führen endlich zu dem Ausspruche: daß diese unsere Finanzlage nicht durch irgend welche finanzielle Maßregeln oder Operationen behoben werden könne, zu welchen übrigens für den gegenwärtigen Augenblick nicht nur die Kräfte und Mittel, sondern vor Allem auch Bereitwilligkeit und Vertrauen fehlen: daß sie vielmehr dort angefaßt werden müsse, wo der Sitz der Krankheit, der Grund des Uebels liegt.

„Das Komité kann demzufolge auf Grundlage seines im Beginne seiner Berathungen gefaßten prinzipiellen Beschlusses nicht umhin, einen Blick ernster Prüfung auf die Gesammtheit der inneren Zustände der Monarchie zu werfen."

Der Leiter des Finanzministeriums: „Der Bericht des verehrten Komité's und die daran geknüpfte Debatte kommen, wie bekannt, in die Oeffentlichkeit.

„Wir dürfen uns nicht die Art des Eindruckes verhehlen, der dadurch hervorgebracht werden wird.

„Die Oesterreichischen Zustände werden darin charakterisirt durch einen kein Maß haltenden, alle Kräfte verzehrenden Aufwand, durch einen schleppenden, selbst die persönlichsten und lokalsten Gegenstände und Geschäfte bis in das Centrum ziehenden Verwaltungsgang, durch eine wahrhaft erdrückende Steuerlast, dann durch eine zunehmende Verarmung der Bevölkerung in mancher ihrer produktiven Berufsklassen; ja ich habe in einer der letzten Sitzungen mit wahrhaft peinlichem Gefühle von einer hochverehrten Seite, als es sich um die Vergleichung des Zustandes in zwei benachbarten Kronländern handelte, die Aeußerung vernommen, daß man nicht fragen könne, ob der Zustand in dem einen oder dem anderen der Kronländer besser sei, sondern daß es sich nur darum handeln könne, wo es minder schlecht sei.

„Der Zustand der Oesterreichischen Monarchie wird somit als ein absolut schlechter hingestellt, wobei nur der größere oder geringere Grad der Schlechtigkeit in Frage kommen könne.

„Ich bin weit entfernt zu glauben, daß es die Absicht der Herren Berichterstatter und der Herren Reichsräthe war, — welche in dieser Richtung an der Debatte sich betheiligten, — und von deren Patriotismus ich überzeugt bin, ein so unvortheilhaftes Bild unseres Gesammt-Vaterlandes in die Welt, in die Oeffentlichkeit, sowohl im In- als auch im Auslande hinauszutragen.

„Ich bleibe bloß bei dem thatsächlichen Eindrucke stehen, welchen der Bericht und die Verhandlung mit Rücksicht auf das hohe Organ, von welchem der Ausgang geschieht, machen muß.

„Der Eindruck wird offenbar kein anderer sein, als daß, — in kurzen Worten gesagt, — in den letzten 10 Jahren in Oesterreich Alles schlecht gemacht worden sei, daß ungeheure Opfer gefordert und gebracht worden, und daß damit nichts oder nur sehr wenig geleistet und gefruchtet worden ist.

„Diese Rücksicht ist es, welche es zu einer Ehrenpflicht, zu einer moralischen Pflicht für die Regierung macht, wenn sie auch gegenwärtig aus anderen Mitgliedern besteht als in dem letzten Verwaltungsdezennium, doch einige Erklärungen beizufügen.

„Gar so widersinnig ist der Oesterreichische Verwaltungsorganismus nicht gegliedert, daß jeder, auch der kleinste lokale und persönliche Gegenstand bis in das Centrum hinauf gezogen wird.

„Wenn man einen prüfenden Blick auf die Wir-

kungskreise der Behörden wirkt, so wird man namentlich bei den mir näher stehenden Finanz-Landes- und Bezirks-Behörden Summen von 3-, 4-, 5- bis 10.000 fl. begegnen, bis zu welchen sie bei Abschreibungen, Vergleichen, Käufen, Verkäufen, Miethen und Verpachtungen, Bauunternehmungen, Herstellungen anderer Art u. s. w. in eigener Machtvollkommenheit vorzugehen befugt und keineswegs angewiesen sind, die Verhandlung bis an das Centrum hinauf zu leiten.

„Man wird bezüglich der Personal- und Disciplinar-Angelegenheiten der Beamten und Angestellten, dann in der Verwaltung der direkten und indirekten Besteuerung die weitaus überwiegend große Masse der Geschäfte im Lande abgethan und keineswegs zum Ministerium gezogen finden.

„Ein sehr schwerer Vorwurf war darüber erhoben, daß man die Pfänder des öffentlichen Vertrauens, gerichtliche Depositen und Grundentlastungsfonds-Ueberschüsse in den Tilgungsfond einbeziehe und dadurch der Fluktuation des Kredits unterwerfe.

„Ich erlaube mir zu entgegnen, daß die im Tilgungsfonde deponirten Kapitalien weder auf die Börse, noch sonst auf den Geldmarkt gebracht werden, daß dieselben vielmehr mit vorschriftsmäßigen Prozenten verzinset und wenn es sich um die Rückzahlung handelt, völlig unabhängig von den Kursen der Staatspapiere dem Gläubiger, dem Depositar vollständig unverkümmert und ungeschmälert wieder ausgefolgt werden. Von einer Unterwerfung unter die Fluktuationen des Kredits kann daher wohl keine Rede sein.

„Es ist ferner als eine wahre Kalamität mit dem lebhaftesten Nachdrucke betont worden, daß man Waisen- und Kurandengelder den Ansprüchen kreditbedürftiger Grundbesitzer und der Anlegung in Hypotheken entziehe und sie in Staatsfonds anlege.

„Die hohe Versammlung hat aus der akten- und rechnungsmäßigen Nachweisung, welche der Herr Justizminister gegeben hat, entnommen, mit welchen geringen Tangenten die Anlegung in Staatsfonds an der Gesammtsumme der Kapitalien sich herausstellte, mit welch überwiegend großen Summen die Anlegung von Kapitalien im Hypothekarwege stattfinde.

„Es ist endlich so oft die enorme Steuerlast betont worden. Ich bemerke hier, daß in dem hohen Reichsrathe zwar von einer Seite eine diesfällige Vergleichung Oesterreichs mit dem Auslande — als zu keinem verläßlichen Resultat führend, — abgelehnt, von einer anderen Seite aber selbst beliebt und bei der Begründung des Komité-Berichtes benützt worden ist. Nach den mir vorliegenden statistischen Daten kommen in Oesterreich auf den Kopf an indirekten und direkten Abgaben ohne Kriegszuschlag beiläufig 9 Gulden und mit dem Kriegszuschlage

zuschlage	9 fl.	99 kr.
in England	18 „	— „
in Frankreich	14 „	— „
in Belgien	9 „	71 „
in Preußen	7 „	64 „

„Die geringere Quote in Preußen erklärt sich dadurch, daß dort bekanntermaßen die allgemeine Steuerpflicht noch nicht durchgeführt worden ist. Das kurrente Einlaufen der Steuern, die fortschreitende bedeutende Verminderung der Rückstände sprechen bei dem Abgange sonstiger ungünstiger Erscheinungen nicht für den Bestand eines Steuerdruckes in Oesterreich.

„Wenn man aber überhaupt über eine Verwaltung und somit auch über die Oesterreichische in dem letzten Dezennium Kritik üben will, so erheischt es die Pflicht der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß man auch die Schwierigkeiten, unter welchen die Verwaltung zu wirken hatte, in's Auge fasse, dann daß man das Gute und zum Theile Große, was geleistet wurde, nicht ignorire.

„Die Schwierigkeiten, ja die Bedrängnisse der letzten 10 Jahre liegen uns ihrer ganzen Größe nach so nahe, daß es einer erschöpfenden Aufführung und eines umständlichen Nachweises nicht bedarf. Die letzten zwölf Jahre haben ein Stück Geschichte entrollt, welche weit lehr- und belangreicher ist als jene, die in viel längeren Zeiträumen früherer Vergangenheiten enthalten war.

„Die gewaltsamen Erschütterungen und die späteren Verwicklungen der Europäischen Zustände, die schwer überstandene Handelskrise, ein unglücklicher Krieg und die noch immer fortgesetzte Spannung der allgemeinen politischen Weltlage mußten auf das Staatsleben und den Privatwohlstand die tiefsten Wirkungen üben. Diese Wirkungen erschwerten und störten jede Verwaltung und so auch jene in Oesterreich; die allgemeine Ungunst der Zustände hat sich aber nicht bloß auf dieses beschränkt, sie zeigt sich bei einem unbefangenen und unparteiischen Blicke im Auslande ebenso wie im Inlande; es wäre daher ungerecht alles Ueble und alles Widrige im Lande bloß der Oesterreichischen Verwaltung zuzuschreiben.

„Wir haben im Komité-Berichte gehört, daß eine Vermehrung der Schuldenlast des Staates um 1300 Millionen, eine Erhöhung der Steuern um 800 Millionen und eine Verminderung des Staatsvermögens um 100 Millionen die traurigen Früchte der finanziellen Gebarung während der letzten 10jährigen Periode darstellen. Ich gebe hierauf nur zu bedenken, daß die durch die politischen Ereignisse gebotene bedeutende Erhöhung des Militär-Aufwandes die größten finanziellen Anstrengungen, Anlehen und Steuererhöhungen unbedingt nothwendig machte. Ich erinnere auch an die umfassenden Operationen, welche Oesterreich in dieser 10jährigen Periode durchgeführt hat, auf die es stolz sein kann und die ebenfalls ohne Opfer der Länder und des Staates nicht möglich waren. Ich erwähne der Entlastung des Grund und Bodens in allen Beziehungen und der Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit.

„Es wurde ferner die Staats-Garantie für Eisenbahnen als eine bedenkliche Last des Staates bemerkbar gemacht, dagegen freue man sich des großen Eisenbahnnetzes, welches in Oesterreich theils vollendet, theils in Angriff genommen worden ist. Ohne jene Garantie und die anderweitigen dem Eisenbahnwesen gebrachten Opfer des Staates wäre in den letzten zehn Jahren die Erhöhung der in Betrieb gesetzten Eisenbahnmeilen von 250 auf 651 Meilen nicht möglich gewesen.

„Ich halte übrigens die aus der Staatsgarantie eventuell erwachsende Last des Staates für nicht so bedrohlich, denn die meisten Eisenbahnen sind der Art glücklich angelegt und greifen in die Verkehrs-Richtungen so zweckmäßig ein, daß sie eine sehr gesunde und reiche Zukunft versprechen und günstige Unternehmungs-Gewinne in Aussicht stellen.

„Die Dimension, in welcher die Staatsgarantie in Anspruch genommen werden wird, dürfte keine beträchtliche sein, vielleicht in den ersten Jahren des Betriebes einiger Bahnen größer, dürfte sie in nicht langer Zukunft abnehmen und die Anspruchnahme bald ganz aufhören; die meisten Eisenbahnen würden gar nicht in die Lage kommen, die Garantie zu realisiren.

„Es sind ferner die minder glücklichen Finanz-Operationen besprochen worden. Ich bin weit entfernt, hier Finanz-Operationen, welche im Laufe des letzten Dezenniums vorgenommen werden mußten, einzeln zu vertheidigen.

„Ich erlaube mir nur die Bemerkung: „Der Tadler ist schnell fertig mit dem Wort." Stellt man sich aber selbst auf den Standpunkt des Handelns, in die Lage des bedrängten Augenblicks, wo Abhilfe um jeden Preis getroffen und die Mittel herbeigeschafft werden mußten, um die Existenzbedürfnisse der Monarchie zu bedecken, so wird man gewiß ein milderes, ein billigeres Urtheil fällen.

„Endlich haben wir von der zunehmenden Verarmung der Bevölkerung in mancher produktiven Berufsklasse gehört. Ich will nicht in Abrede stellen, daß in manchen Orten und Schichten sich Erscheinungen von Verarmung gezeigt haben, daß lokale Verminderungen des Erwerbes, des bürgerlichen Gewinnes in einigen Gegenden sich ergeben haben.

„Solche Wahrnehmungen berechtigen aber noch nicht, um im Allgemeinen auf eine Abnahme des Wohlstandes zu schließen. Man läßt sich hiebei zu leicht von den Eindrücken der zufälligen nächsten Umgebung leiten.

„Sieht man in seinem Aufenthaltsorte, in der engen Heimath, daß ein Gewerbsmann, ein Landwirth verarmt, daß eine Unternehmung weniger lukrativ betrieben wird, wird vielleicht eine Branntweinbrennerei außer Betrieb gesetzt, so spricht man gleich von allgemeiner Verarmung und gibt der Verwaltung und der Besteuerung die Schuld an dem Uebel. Um hier mit Beruhigung ein Urtheil zu fällen, muß man einen freieren Ueberblick der Verhältnisse zu gewinnen suchen und einen höheren Standpunkt als den der nächsten Umgebung einnehmen.

„Ich leugne nicht, daß die vormals herrschaftlichen Grundbesitzer durch die Aufhebung der unterthänigen Frohne vorübergehend in Bedrängniß gerathen seien und daß eine so großartige Umstellung der ganzen Wirthschaft von einer Naturalwirthschaft auf die Geldwirthschaft ohne empfindliche Uebergangs-Schwierigkeiten nicht durchführbar war.

„Man kann aber von einem Verwaltungssysteme, welches, wenn es auch Fehler hatte, durch die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit jedem Staatsbürger gleichen Rechtsschutz sicherte, den Unterschied zwischen unterthänigem und herrschaftlichem Besitz durch die Entlastung von Grund und Boden aufhob, welches das Post-, Eisenbahn-, Telegraphen- und Kommunikationswesen überhaupt so bedeutend gefördert, das Paßwesen erleichtert, den Zunftzwang abgeschafft und die Gewerbefreiheit begründet hat, welches Kredit-Anstalten geschaffen hat, die in vielen Richtungen belebend und wohlthätig wirkten, — von einem solchen Verwaltungssysteme kann man doch nicht mit Grund behaupten, daß es eine Verarmung herbeizuführen geeignet war. Ich will aber auf die Thatsachen übergehen.

„Es gibt gewisse Gegenstände, welche als allgemein anerkannte Faktoren dazu dienen, um aus ihrem Verbrauche verläßliche Werthmaßstäbe, Werthmesser des zu- oder abnehmenden Wohlstandes zu gewinnen.

„Hier liefern statistische Daten den schlagendsten Beweis, daß in Oesterreich der Verbrauch von Baumwollgarn, Zucker, Kaffee, Thee, Tabak in den letzten zehn Jahren außerordentlich zugenommen hat. Ich habe bei früheren Anlässen gezeigt, welche Dimensionen die Erzeugung und somit auch der Verbrauch von Branntwein, Bier und Rübenzucker erreicht hat. Auch auf anderen Gebieten zeigte sich ein sehr bedeutender Aufschwung, namentlich eine ungeheure Vermehrung der Postkorrespondenzen, der Benützung der Transportanstalten, der Waarenumsätze und selbst der Sparkasse-Einlagen nach Zahl und Betrag.

„Die ziffermäßigen Daten, mit welchen ich die hohe Versammlung nicht ermüden will, liegen zur jedesmaligen Einsicht hier vor. Schon das bisher Gesagte dürfte darthun, daß im großen Ganzen der Volkswohlstand in Oesterreich nicht abgenommen hat und daß die Behauptung der Verarmung in ganzen produktiven Berufsklassen der Bevölkerung eine gewagte und nicht begründete sei. Ich fühle mich vollkommen frei von dem Vorwurfe einer aus den gegenwärtigen Erklärungen zu folgernder Geneigtheit zur Beharrung bei dem bisherigen Verwaltungs-System.

„Ich habe in Uebereinstimmung mit der vom Hrn. Minister-Präsidenten in dieser hohen Versammlung erklärten Nothwendigkeit und Gewißheit der Einlenkung in neue Bahnen in meinen veröffentlichten allerunterthänigsten Vorträgen mit Nachdruck betont, daß nur in zeitgemäßen, glücklichen politischen Institutionen die Bürgschaft des wiederkehrenden allgemeinen Vertrauens und einer besseren Zukunft und ebenso auch einer erfolgreichen Wirksamkeit auf dem Gebiete der Finanz-Verwaltung gefunden werden könne.

„Wir Alle wollen es und hoffen es, daß es in Oesterreich besser werden soll, und zwar nicht blos besser als im letzten Dezennium sondern auch besser als es vor dem Jahre 1848 gewesen ist. Ich finde mich also durch meine gegenwärtigen Erklärungen keineswegs in Opposition, sondern vielmehr auf demselben Boden, auf welchem sich der Comité-Bericht bewegt, und insoweit derselbe die Verlängerung des gegenwärtigen Systems, zeitgemäße politische Institutionen und die möglichste Selbstverwaltung bezielt.

„Lediglich die zu grelle Schilderung der Zustände Oesterreichs und die nicht immer ganz begründeten Angriffe auf die Verwaltung und die Absicht, den Eindruck des Berichts und der daran geknüpften Debatte in Etwas zu mildern, haben mich zu den gemachten Erklärungen veranlaßt. Ich mußte meinen Gefühlen Ausdruck geben, ich mußte so sprechen als Mitglied der Regierung, als Oesterreicher und als Freund der Wahrheit."

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. Dez. Se. Maj. haben zum Christbaum für verstümmelte arbeitsunfähige Krieger aus dem letzten Feldzuge und deren Witwen und Waisen zu Händen des Herrn Franz Anton Danninger 300 Gulden allergnädigst übersenden zu lassen geruht.

Ihre Maj. die Kaiserin-Witwe Karolina Augusta hat sich von Innsbruck nach München begeben und wird von dort demnächst in Wien eintreffen.

Se. k. Hoh. der Herr Erzherzog Albrecht wird nach Weihnachten von Venetien hier eintreffen und sodann mit seiner Gemalin nach München reisen.

Se. k. Hoh. der Herr Erzherzog Ernst ist mittelst Nordbahn nach Schönkirchen abgereist.

Ihre k. Hoh. der Herr Herzog von Modena und Gemalin werden noch in dieser Woche von Prag hier eintreffen und begeben sich sodann zum Besuche nach München.

Der Statthalter von Böhmen, Anton Graf Forgách, hat folgende Proclamation erlassen: Von Sr. Apostolischen Majestät zum Statthalter des Königreiches Böhmen ernannt, kehre ich nach kurzer Trennung freudig zurück in dieses gesegnete Land, in die Mitte seiner Bewohner, deren wackeren Sinn, deren glänzende Vorzüge ich bereits vielfach kennen und schätzen gelernt. Allen aus vollem Herzen meine besten Grüße zurufend, trete ich heute mein Amt an, tief durchdrungen von der Größe der Aufgabe, die mir das Vertrauen unseres allergnädigsten Kaisers und Herrn gestellt, durchgeführt von dem ernsten Entschlusse, meine ganze Kraft dem Wohle des Landes zu weihen, dessen Leitung in meine Hände gelegt zu wissen mich mit gerechtem Stolze erfüllt. Die Verwaltung zu beleben, ihre Organe in reger energischer Thätigkeit zu erhalten — jedes gemeinnützige Streben und dadurch die Entfaltung der reichen Kräfte des Landes zu fördern, — jedem Stande, jeder Sprache gleiches Recht und gleichen Schutz zu sichern — der freien Bewegung bis zu den Marken des Gesetzes und der Ordnung den Boden zu ebnen, letztere aber unbedingt und mit fester Hand aufrecht zu erhalten, dies sind die leitenden Gedanken, die zur Richtschnur meines Handelns dienen werden. Auf dieser Bahn hoffe ich dem Vertrauen und der Mitwirkung jedes, dem Kaiser und seinem Vaterlande treu ergebenen Böhmen zu begegnen.

In Prag liegen jetzt nicht weniger als 12 Gesuche bei der Statthalterei um Konzessionen zu czechischen Journalen vor.

„Pesti Hirnök" meldet, daß Franz Deak der Einladung zur Graner Konferenz keine Folge leisten wird.

In Pest wurde in einer städtischen Conferenz der Beschluß gefaßt, daß bis zur Organisation der Lokalbehörden die Ruhe und Ordnung durch freiwillige Constabler, unter denen sich Mitglieder der höchsten Aristokratie, angesehene Hausbesitzer, bekannte Schriftsteller 2c. befinden, aufrecht erhalten werden solle. Die Oberleitung soll der Bürgermeister und der provisorische erste Stadthauptmann führen. Zugleich wurde beschlossen, beim Tavernicus zu beantragen, daß von dem Augenblicke an, wo diese Sicherheitsbehörde in Wirksamkeit tritt, die Polizeiorgane ihre Thätigkeit einstellen und das k. k. Militär angewiesen werde, nur dann irgendwo einzuschreiten, wenn es vom städtischen Oberbürgermeister dazu aufgefordert werden sollte.

Die „Agr. Ztg." veröffentlicht die Repräsentation der Banalkonferenz an Se. k. k. Apostolische Majestät. In derselben sind nachstehende vier Bitten enthalten: 1. Die Kroatisch-Slavonische Nationalsprache wie dies schon durch das allerhöchste Patent vom 7. April 1850 anerkannt worden, möge in allen öffentlichen Geschäften als ausschließliche Amts- und Geschäftssprache eingeführt werden. 2. An die Stelle der provisorisch organisirten Kroatisch-Slavonischen Sektion möge, so lange sich nicht die Nation über ihre künftigen Beziehungen zu Ungarn ausspreche, eine provisorische Kroatisch-Slavonische Hofkanzlei mit einem aus Landeskindern dieses Königreiches bestehenden Personale und mit demselben Wirkungskreise eröffnet werden, wie er gesetzlich der Ungarischen Hofkanzlei zukommt. Dieser Hofkanzlei sollen sogleich alle Geschäfte zu übertragen sein, die jetzt dem Staatsministerium, dem Justizministerium, dann dem Ministerium für Kultus und Unterricht und endlich jenem der Polizei zugewiesen sind. 3. An den Kroatisch-Slavonischen Hofkanzler, der allsogleich zu ernennen wäre, mögen von Seiner Majestät die nothwendigen allergnädigsten Aufträge erfließen, Allerhöchstdenselben jene Anzahl von Obergespänen und für jene Komitate zur Allerhöchsten Ernennung ehestens in Vorschlag zu bringen, welche die alleruntertänigste Konferenz angeben werde, sobald sie das ihr von Sr. Majestät mittelst Allerhöchsten Handschreibens vom 23. d. aufgetragene Operat über die provisorische Organisirung der Komitate Sr. Majestät unterthänigst überreichen werde. 4. Das durch die Ungunst der Zeit abgerissene Dalmatien mit den Inseln Kèrk (Veglia), Cres, (Cherso) und Losinj (Lussin), so wie mit den gegenwärtigen Istrianischen, von jeher jedoch Kroatischen Bezirken: Novigrad (Castelnuovo), Voloska (Volosca) und Labin (Albona), wie dies die alten mit dem Patente Sr. Majestät vom 7. April 1850 anerkannten Rechte des dreieinigen Königreiches mit sich bringen, mögen neuerdings mit ihrem Kroatisch-Slavonischen Schwesterlande untrennbar vereinigt und auf dem nächsten Landtage dieses Königreiches gesetzlich vertreten werden.

Das Comité für die Errichtung des Jellačić-Monumentes hat am 4. d. eine Sitzung gehalten, in welcher eine Zuschrift Sr. Excellenz des Bans an den Agramer Magistrat vorgelesen wurde, welche mittheilt, daß das Ministerium des Innern die Sammlung freiwilliger Beiträge zu dem in Rede stehenden Zwecke in allen Kronländern, in der k. k. Armee und in der Militärgrenze gestattet habe. Das Monument soll aus Erz gegossen, auf einem Postamente aus heimischem Granit, den hohen Verblichenen zu Pferde und in der Nationaltracht darstellend, auf dem Jellačić-Platze zu Agram errichtet werden.

Deutschland.

Der großh. hessen'sche Cassationshof hat die Nichtigkeitsbeschwerde der wegen Beitritts zum deutschen Nationalverein verurtheilten Herrn Metz und Pirazzi verworfen und damit die gegen sie erkannte Gefängnißstrafe von 1 und 3 Tagen bestätigt. Inzwischen ist Hofgerichtsadvocat Metz wegen Theilnahme an den Ausschußsitzungen des Nationalvereins zu Eisenach und an der Generalversammlung in Coburg zu weiteren 12 Tagen Gefängniß verurtheilt und überdieß gegen ihn wegen fortwährender Uebertretung der Gesetze und Verleitung Anderer zu Gesetzübertretungen eine neue Untersuchung eingeleitet.

Der „Prager Ztg." wird hierüber aus Süddeutschland, 6. Decbr., geschrieben: Die auf die klarsten Gesetze sich stützenden Verurtheilungen einer Reihe hessen-darmstädtischer Unterthanen wegen Betheiligung am „Nationalverein" haben einen heilsamen Schrecken hervorgerufen und wenn das Wochenblatt dieses Vereines den Getreuen guten Muth mit der Erwägung einzuflößen sucht, daß es schließlich doch nicht möglich sein werde, ganz Hessen-Darmstadt ins Gefängniß zu stekken, so ist darauf einfach zu erwidern, daß das nationalvereinliche Kontingent in Darmstadt bisher kaum 200 Mann stark ist und wenig Aussicht hat, gerade zu einer Zeit anzuschwellen, wo die preußische Regierung augenscheinlich bemüht ist, den Rückzug aus einer Stellung anzutreten, die sie einen Augenblick lang als die Protektorin jenes Vereines erscheinen lassen konnte. In dieser Beziehung ist eine Thatsache, die ich verbürgen zu dürfen glaube, von Bedeutung. Die preußischen Stimmführer des Vereins, denen es nicht an hoch hinaufreichenden Beziehungen fehlt, haben den Versuch gemacht, ihre Regierung für die darmstädtischen „Opfer" zu interessiren und ihre kräftige Verwendung zu Gunsten derselben bei der hessischen Regierung in Anspruch zu nehmen. Diese Schritte sind in Berlin mit dem Bedeuten von der Hand gewiesen worden, daß Preußen allerdings zur Zeit keinen Grund sehe, der Thätigkeit des Nationalvereins im Bereich des preußischen Gebietes entgegen zu treten, daß es sich aber auch nicht entfernt befugt erachte, einem anderen souveränen Staate diese Ansicht aufzudrängen und daß es noch weniger sich dazu hergeben könne, dem unabhängigen Ermessen irgend eines Gerichtes vorzugreifen. Die Aufregung ist unter den Mitgliedern des Nationalvereins ob dieses Bescheides groß, aber derselbe dürfte doch am Ende zur Abkühlung der Gemüther wesentlich beitragen.

Aus Köln schreibt man der „Kreuzztg.", daß der dortige Cardinal-Erzbischof v. Geissel dieser Tage dem Verleger der „Kölnischen Ztg." Herrn Dumont das Blatt zurückgeschickt habe, mit Ausdrücken, welche keinen Zweifel darüber ließen, was er von der „Köln. Ztg." denke.

Der Kronprinz von Sachsen ist nunmehr ebenfalls an den Masern erkrankt.

Frankreich.

Paris, 6. December. Der General Kalergis, außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister des Königs von Griechenland, ist, wie der Moniteur heute amtlich anzeigt, gestern vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen worden. — Der „Moniteur" enthält ein Decret, welches die Dienstzweige bezeichnet, die fortan vom Unterrichtsministerium ausgeschieden und dem Staatsministerium zugewiesen werden. Es gehören dazu: das Institut von Frankreich, die öffentlichen Bibliotheken, die Akademie der Medicin die kais. Karten-Schule, die Unterstützungen der Gelehrten Schriftsteller, die Subventionen zu wissenschaftlichen Reisen und Missionen. — In militärischen Kreisen wird versichert, daß der Oberbefehl über die Garde von dem Marschall Vaillant auf Mac Mahon übergehen und ersterer auf einen hohen militärischen Posten berufen werde. — Es ist am Hofe von Ernennung des Marschalls Randon zum Statthalter von Algerien die Rede, wenn an dem Plane, eine solche Statthalterschaft ins Leben zu rufen, festgehalten werden sollte. — Der Kaiser läßt zu Asnieres eine Galeere in antikem Styl von 40 Metres Länge mit drei Ruderreihen bauen. — Gestern gab der Kriegs-Minister den Marschällen, welche hieherberufen wurden, um die Rangordnung der Officiere in der Armee festzustellen, ein glänzendes Essen. — General de Martimprey kehrt nach Algerien zurück und soll den Titel eines Unter-Gouverneurs erhalten. — Man spricht von Aufhebung des Sicherheitsgesetzes, durch welches die Sicherheit der Person der Willkür des Ministeriums Preis gegeben

ist. — Das französische Geschwader vor Gaëta hatte frische Lebensmittel erhalten, woraus der Schluß gezogen wird, daß es noch lange Zeit in den dortigen Gewässern bleiben wird. — Hr. v. Persigny geht dieser Tage wieder nach London zurück. Seine Gemahlin, die hoch schwanger ist, befindet sich noch in der englischen Hauptstadt. — Ein Deutscher aus Köln Herr Gustav Mathias, Chef eines hiesigen Handlungshauses, ist zum sardinischen Consul ernannt worden. — Cardinal de Bonald, Erzbischof von Lyon, hat bei Gelegenheit des Circulars des früheren Ministers des Innern Billault über die Publication der bischöflichen Hirtenbriefe „ein offenes Sendschreiben" an den Cultusminister gerichtet, das als Broschüre im Buchhandel erschienen ist. Die Prälaten von Tours und von Chartres und mehrere andere Bischöfe haben öffentlich ihre Uebereinstimmung ausgedrückt. — Die Veröffentlichung der Broschüre des Ungarn Horn: Venedig und Pesth, ist vertagt worden; dagegen läßt Horn in der nächsten Woche eine andere Broschüre unter dem Titel: Que veut la Hongrie? von Stapel. Die Tendenz der ersten wird sein: völlige Lostrennung Ungarns von Oesterreich. In der andern stellt sich der Verfasser auf den Standpunkt derer, welche die Verfassung von 1848 wollen. Er tritt aber nur darum einen Schritt zurück, um desto besser zu springen. — Das Haus Rothschild zahlt seit gestern schon die fälligen Coupons der römischen Anleihe aus; die Päpstliche Regierung war in der Lage, dem Banquier die erforderliche Summe zur Verfügung zu stellen. — Die Herren Mirès u. Comp. zeigen heute im Constitutionnel an, daß die Ziehung der römischen Eisenbahn-Obligationen am 8. Dec. Statt findet und die gezogenen Obligationen vom 2. Jan. an von ihrer Casse eingelös't werden. Eben so machen sie bekannt, daß die im Januar fälligen Coupons obiger Obligationen vom 2. Jan. an durch sie bezahlt werden.

In seinem (telegraphisch bereits erwähnten) Rundschreiben an die Präfecten entwirft Graf Persigny folgende begeisterte Schilderung von der Regierung Napoleon's III.: „Das Gemälde des ersten Theiles seines Reiches wird eine schöne Periode unserer Geschichte bilden. Berufen durch die Stimme des gesammten Volkes an die Spitze einer Gesellschaft, welche umgewühlt, in Chaos und Anarchie verfallen war, geht er muthig aus Werk und in einigen Jahren führt er die Ordnung in den Gemüthern und in den Dingen so weit zurück, daß niemals eine ähnliche Wohlfahrt irgend eine Epoche unserer Geschichte gekennzeichnet hat. — Kaum ist dieses große Werk im Innern vollendet, so wird er durch die Lage Europas veranlaßt, nach außen ein anderes, nicht minder wichtiges Werk zu unternehmen, um Frankreich in die hohe Stellung wieder einzusetzen, welche ihm gebührt. Trotz der unheimlichen Weissagungen, welche überall ankündigen, daß er durch den Krieg über die Grenze der wahren Interessen Frankreichs fortgerissen werden wird, kommt seine Weisheit seinem Muthe gleich, hält sie ihn auf dieser Grenze: und so hat er nicht allein zum Vortheil unserer Sicherheit das gestörte Gleichgewicht Europas wiederhergestellt, sondern das Werk einer neuen Aera des Friedens und der Wohlfahrt eröffnet. — Endlich, um dieses Gemälde zu beenden, bereitet er sich gegenwärtig, überzeugt, daß seine wahre Mission nicht allein ist, seinen Namen neben den des ruhmreichen Hauptes seines Geschlechtes zu setzen, sondern die Geschicke des Landes sicher zu stellen, zu der edlen und friedlichen Ausübung der Freiheiten vor, deren Entwicklung der volksthümliche Thron der Napoleons schützen muß."

Persigny's Rundschreiben an die Präfekten, schreibt man der „NPZ.", hat im Allgemeinen einen guten Eindruck hervorgebracht. Es stellt allerdings nichts Bestimmtes in Aussicht; aber es vernichtet auch die Hoffnungen der Optimisten nicht, welche von einer „neuen Aera" träumen. Sehr gern sieht man die rücksichtsvolle und würdige Haltung des Ministers den „alten Parteien" gegenüber, welche zu hudeln bis jetzt zum guten Ton in der officiellen Welt und Tagespresse gehört hatte. Hr. v. Persigny fordert die Präfecten auf, ihm in allen Dingen die Wahrheit und die ganze Wahrheit zu sagen; wir schließen hieraus nach dem Gesetz der Analogie, daß er es auch den Journalen nicht übel nehmen wird, wenn sie die Wahrheit aussprechen. Wir wissen übrigens aus Erfahrung, daß Herr v. Persigny nicht zu den Gegnern der Presse und der Preßfreiheit gehört. Er war einst selbst Journalist und zwar ein legitimistischer, Persigny ist durch den Saint-Simonismus zum Bonapartismus gelangt.

In dem ersten Ministerrathe, welchem Persigny beiwohnte, wurde die Frage: ob der gesetzgebende Körper, wie viele Blätter es verlangen, aufgelöst und neue Wahlen ausgeschrieben werden sollten, einer erschöpfenden Berathung unterworfen. Der französische Ministerrath sprach sich dem Vernehmen nach einstimmig dahin aus, daß das Ausschreiben neuer Wahlen unter den obwaltenden Umständen nur zahlreichere Elemente der Opposition in die Kammer bringen würde. In den westlichen und südlichen Provinzen, wo sich die Macht des katholischen Klerus nicht läugnen läßt, würden die legitimistischen Candidaten gegenwärtig zweifelsohne obsiegen. In den nördlichen und östlichen Departements hingegen, wo der Gewerbsfleiß, durch die politischen Zustände Europa's niedergedrückt, stark darnieder liegt, würden die Republikaner leichteres Spiel gewinnen, indem die Unzufriedenheit unter der arbeitenden Klasse in einer höchst beunruhigenden Weise zunimmt. Aus diesen und ähnlichen Gründen zog die Regierung des Kaisers Napoleon es vor, den bisherigen gesetzgebenden Körper zu bewahren und keine neuen Wahlen auszuschreiben.

Paris, 7. Dezember. Die Kaiserin blieb deßhalb so kurze Zeit zu Windsor, weil in den nächsten Tagen der Herzog von Nemours und seine Familie auf dem Schlosse zum Besuche erwartet werden. Die Kaiserin wird zu heute Abends von ihrer Reise zurück erwartet. — Die Einsetzung von Ministern ohne Portefeuille wird, wie ich höre, vom Grafen Persigny angefochten, der diesen Rednern, welche in die Einzelheiten der verschiedenen Staatsgeschäfte nicht eingeweiht sein können, das Vermögen, die Anträge mit genügendem Nachdruck zu vertheidigen, auf das entschiedenste abspricht. — Die Regierung der Donau-Fürstenthümer soll eine Anleihe von 60 Mill. Francs mit Vorbehalt der Zustimmung der Kammern abgeschlossen haben. — In der Marine-Verwaltung stehe, wie ich höre, ein großer Wechsel der Personen bevor. — Schiffs-Capitän de la Roncière le Nourry wird zum 16. d. M. hier erwartet. — Die Akademien sprechen laut ihre Unzufriedenheit darüber aus, daß sie der Einwirkung des Unterrichts-Ministeriums entzogen und dem Staats-Ministerium untergeordnet werden. — Ein Schreiben aus Gibraltar vom 30. Nov. theilt mit, daß die Vertheidigungswerke dieser Festung bedeutend verbessert worden sind. Eine große Anzahl Batterien wurden erbaut und die alten Kanonen alle durch Armstrong'sche ersetzt. Außerdem erhält die Festung bedeutenden Vorrath an Lebensmitteln und Munition. In Malta und Korfu wurden bekanntlich ähnliche Maßregeln genommen. — Die „Patrie" widerlegt die Nachricht Betreffs der Protestation der spanischen Regierung gegen die Errichtung eines Lagers in Bagnères de Bigorre. — Nach Berichten aus Martinique vom 8. November hatte in Fort de France ein heftiges Erdbeben Statt gefunden. Unglücksfälle ereigneten sich nicht.

Spanien.

Aus Madrid, 3. December wird gemeldet: Rivero hat im Congreß einen Antrag gestellt, der alle, die legale Wirksamkeit der Parteien hemmenden Acte der Behörden für eine Beeinträchtigung des Repräsentativsystems erklärt. Der Congreß hat diesen Antrag in Folge der Erklärung des Ministers des Innern, daß die Demokratie in Spanien keine legale Existenz habe, verworfen.

Großbritannien.

Ueber die Fahrten der beiden Dampfer „Fox" und „Bulldog", die, von den Capitäns Allen Younge und Sir Leopold M'Clintock geführt, ausgezogen waren, um in den nördlichen Meeren Sondirungen behufs der Legung eines Telegraphenkabels nach Amerika vorzunehmen, liegt ein ausführlicher Bericht vor. Ohne auf die Schilderung der heftigen Stürme einzugehen, die sie zuweilen hart an den Küsten, zuweilen mitten im Treibeise zu bestehen hatten, wollen wir nur hervorheben, daß ihre Untersuchungen für die Thunlichkeit einer Kabellegung von den Faröer-Inseln nach Island u. s. w. als sehr ermuthigend zu betrachten sind. Schwierigkeiten wird es genug geben, aber, wie es scheint, keine so gewaltigen, daß sie nicht überwunden werden könnten. Das Hauptresultat der vorgenommenen Messungen besteht jedenfalls in der Erkenntniß, daß die größten Meerestiefen auf der bezeichneten Strecke noch immer um 400 Faden geringer sind, als jene, in welchen der erste transatlantische Kabel versenkt worden war.

Italien.

Aus Genua, 2. Dec., wird geschrieben: Die Arsenale arbeiten mit ungeheurem Aufwande aller Kräfte, um die Flotte für das Frühjahr schlagfertig zu machen. Die Berichte von Auswärts lassen die Vollziehung der für Kriegsdampfer gegebenen Aufträge für Anfang März mit Zuversicht hoffen. Unter anderem werden die französischen Werkstätten auch eine gepanzerte Fregatte nach dem Muster der „Gloire" liefern, deren Kosten auf ungefähr 1½ Mill. Francs berechnet sind, wobei die Maschinen mit Francs 1500 per Pferdekraft (ungefähr 840 Gulden ö. W.) bezahlt werden. Für die in England bestellten Kanonenboote sind noch höhere Preise, in Berücksichtigung der kürzeren Lieferzeit, bewilligt worden. Die Privatwerften sind ebenfalls in voller Arbeit für Transportschiffe, deren Zahl auf 50 angegeben wird.

Ein Befehl des Sardinischen Kriegsministers giebt den verschiedenen Armee-Commandanten die Erlaubniß, alle Soldaten der Altersklasse 1830, 1831 und 1832 auf 3 Monate zu beurlauben, ingleichen den Divisions-Commandanten einer gewissen Anzahl der übrigen Altersklassen Urlaub auf unbestimmte Zeit zu ertheilen. Alle Beurlaubten müssen am 1. März zu ihren Corps ohne Weiteres einrücken.

Der „NPZ." wird aus Rom vom 3. Dec. geschrieben: Die Entscheidung kündigt sich unverkennbar als immer näher rückend an. Die Regierung ist bange vor fünfzigtausend Revolutionsmännern; denn wenigstens so viele sollen sich hier im Augenblicke der Entscheidung zusammenfinden. Die Truppen, eigene und fremde, die gleichsam die Stadt belagern, drohende Befehle, Alles regt die mehr mit der Zukunft als mit der Gegenwart sich beschäftigende Phantasie auf. Jede zu andern Zeiten gleichgültige Kleinigkeit bringt so die Menge in Bewegung. Von allen Seiten Sturmwolken, die das Gewitter ankündigen. Der Französische General Goyon hatte in Terracina mit dem Piemontesischen Befehlshaber Cialdini eine zweite Unterredung, deren Abkommen hier für die nächste und letzte militärische Operation der Piemontesen gegen den Kirchenstaat als maßgebend angesehen wird. Wie nah oder fern auch der Abzug der Franzosen sein mag, so ist es doch abgemachte Sache, daß sie nicht mit den Piemontesen zu gleicher Zeit Rom besetzt halten werden; darüber sollen sich die beiden Generale, so weit sie dazu ermächtigt waren, verständigt haben. Sonderbar bleibt es, daß gerade in klerikalen Kreisen eine plötzliche unerwartete Veränderung, eine Ueberraschung von der Französischen Seite her befürchtet wird. — Die Königliche Familie aus Neapel lebt hier in Zurückgezogenheit; die Königin-Mutter empfängt nur ausnahmsweise Besuche. Den König und die Königin mit den übrigen Prinzen ebenfalls bald hier zu sehen, wie man im Anfange dieser Woche besorgte, ist nicht mehr wahrscheinlich, denn in Gaëta scheint man den ernsten Kampf bis zu Ende führen zu wollen.

Wie man dem „Monitore di Bologna" aus Rom vom 28. Nov. schreibt, ist auch der Oheim des Königs Franz, Graf von Trapani, daselbst eingetroffen. In Civita Vecchia trafen bereits am 16. Nov. die Generale Colonna und Barbalonga, am 21. die Gräfin von Trapani mit ihren Kindern ein.

Aus Gaëta sind heute keine erheblichen Nachrichten eingelaufen. Nach dem Pariser „Pays" haben die Piemontesen am 3. December das Bombardement von Gaëta begonnen, sie sollen, ohne eine besondere Wirkung zu erreichen, etwa zwanzig Bomben in den Platz geworfen haben. Der „Courrier de Marseille" bringt Nachrichten von dem Französischen Geschwader vor Gaëta, das seine Stellung weiter seitwärts genommen hat, seit die Eröffnung des Bombardements in Aussicht steht. Die Belagerer hatten danach am 1. December schon einen Probeschuß gethan, der mitten in den Platz geschlagen haben soll. Die Piemontesen sollen am 1. bereits 120 Stück schweres Geschütz und 35 Mörser aufgestellt haben. In Gaëta klagt man über die zu starke Besatzung, welche die Lebensmittel sehr schmälere. König Franz hat für die Königin und deren Gefolge in den Casematten Gemächer einrichten lassen. Die Mailänder „Perseveranza" dagegen meldet wie erwähnt aus Neapel vom 3. d. M.: Das Bombardement auf Gaëta wurde seit zwei Tagen verdoppelt, doch dürfte vor nächstem Donnerstag nichts Wesentliches vorfallen.

Ueber die gestern erwähnten Unruhen im Königreich Neapel wird über Marseille folgendes berichtet: In Caserta hat eine reactionäre Emeute der Königlichen und eines Theiles der Einwohner, gefolgt von einer fürchterlichen Gegen-Manifestation, stattgefunden. Die ganze Garibaldische Armee ist herbeigeeilt, um die Bewegung zu unterdrücken. Bei hundert Personen wurden verhaftet, mehrere erschossen. Die Stadt Aversa hat sich gegen die Garibaldianer erhoben — Letztere blieben Meister. — Der Kardinal ist in Neapel angekommen, entgegengesetzte Manifestationen haben bei diesem Anlasse stattgefunden: „es lebe der Papst!" „es lebe Garibaldi!" wurde gerufen. Die in die Enge getriebene Menge versuchte den Palast in Brand zu stecken. Die Unordnung dauerte 18 Stunden. Der Erzbischof erschien am Balkon, die trikolore Fahne in der Hand. Die Turiner „Opinione" meldet den Vorgang in folgender Weise: Bei Ankunft des Kardinals in Neapel verlangte ein vor dessen Fenstern sich sammelnder Volkshaufe unter tumultuarischen Schreien von Behörden, es solle die piemontesische Fahne ausgehängt werden. Der Kardinal hielt es gegen seine Würde und für eine Feigheit, sich eine solche Demonstration vom Pöbel abtrotzen zu lassen, und gab dem Tumulte nicht nach. Die Aufregung des Volkshaufens wuchs, und erst nach Dazwischenkunft des Generals der Nationalgarde, der einerseits den Kardinal zur Aushängung der Nationalfahne überredete, andererseits das Volk beschwichtigte, endigte der Allarm. Der Kardinal erklärte der Regierung, daß es nicht seine Absicht war, sich feindlich zu bewerkthätigen, daß er gewiß unter Anerkennung der weltlichen Herrschaft des Papstes, beitragen werde, Neapel zu reconstituiren. — Eine reactionäre Bewegung in Sora wurde unterdrückt.

Der Oberintendant der Theater in Palermo, Marquis Rudini, hat dem Theater-Director eine Note folgenden Inhaltes zukommen lassen: „Ich benachrichtige Sie hiemit, daß fortan im Theater jede Aufführung verboten ist, welche die Farbe des Garibaldianismus trägt. Sie sind für jede Dawiderhandlung verantwortlich." So ändern sich die Zeiten! — In Neapel wurde das Teatro Nuovo, daß in Folge der Garibaldi'schen Demonstrationen auf Befehl der Behörde geschlossen worden war, am 3. d. wieder eröffnet. Das Haus war illuminirt und das Publicum sang die Garibaldi-Hymne.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 11. December.

* In der am 3. d. abgehaltenen Monatssitzung der Section der Krakauer Gelehrten Gesellschaft für moralische Wissenschaften entwickelte Dr. jur. Koczyński seinen Entwurf „einer die Unterstützung der ärmeren Studenten der Jagiellonischen Universität zum Zwecke habenden Gesellschaft." Nach näherer Motivirung desselben von Seiten noch anderer Mitglieder wurde das mit warmer Theilnahme aufgenommene Projekt dem Reglement gemäß zur weiteren Begutachtung dem Comité der Gesellschaft überwiesen. In der Monatssitzung der Section für stricte und „Naturwissenschaften vom 26. v. M., in welcher zum Präsidirenden Prof. Skobel, zum Delegirten in das Comité Prof. Dietl und zum Secretär Dr. Oettinger erwählt wurden, wies nach Verlesung einer die Landesheilquellen vorzüglich Krynica betreffenden balneologischen Abhandlung über die „pharmakodynamischen Isothermen" Prof. Skobel's das Mitglied Dr. Alth eine von demselben angefertigte orographische Karte von Westgalizien vor, auf welcher eine verschiedene Koloratur die verschiedenen Höhen kennzeichnet. Diese wichtige Arbeit beschloß man durch die Chromolitographie zu verallgemeinern zugleich mit den detaillirten Erläuterungen, welche Dr. Alth in einer der nächsten Sitzungen vorzutragen versprach.

* Wie in früheren Jahren fordert auch heuer ein Aufruf des Magistrats die Bewohner der Stadt auf, anstatt der gewöhnlichen Neujahrsgratulationen milde Gaben für die Armen zu spenden. Die zu diesem Behuf einfließenden wohlthätigen Spenden nehmen das Bureau des Magistrats, die Bezirkskommissariate und hiesigen Buchhandlungen in Empfang.

* In der schönen der Mutter Gottes von Loreto geweihten Kapelle der hiesigen Kapuzinerkirche hat am vergangenen Festtage vom Sonnabend der erste dort neu eingeführte feierliche Ablaß begonnen, der, die ganze Woche hindurch andauernd, durch besondere Andachten täglich Früh 9 Uhr und 4 Uhr Nachm. begangen wird.

* Die Abschiedsvorstellung des Warschauer Mimen führte abermals ein dramatisches Gedicht J. Korzeniowski's auf die Bühne. In der Tragödie „Dymitr i Maria," in welcher der Bühnendichter auf seine Weise denselben Stoff behandelt, der dem Dichter Anton Malczewski zu seinem unsterblichen Epos „Marya" gedient, spielte er als zehnte und letzte Gastrolle den greisen „Miecznik," Vater Mariens, mit der erschütterndsten Wahrheit und jener Meisterschaft, welche seinen Gastrollencyclus unvergeßlich in den Annalen der Krakauer Bühne erhalten wird. Das in allen Räumen gefüllte Haus verabschiedete den ausgezeichneten Mimen mit den warmen Applausen, die ihm während seines ganzen Hierseins im reichsten Maße gespendet wurden. H. J. Królikowski ruft die Pflicht als Regisseur nach Warschau ab, wo am 13. d. die Theater wieder eröffnet werden.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Paris, 8. Dezember. Schlußkurse: 3 % 69.15. — 4½ % 96.85. — Staats-Bahn 508. — Credit Mobilier 780. — Lombarden 487. — Oesterreichische Kreditactien 317.

London, 8. Dezember. Schluß-Consols 92⅞ (Coupon détaché). — Wien 14.40. — Wochenausweis der englischen Bank: Notenumlauf 20,207,089 Pfd. Sterl. Metallvorrath 13,665,666 Pfd. Sterl.

Wien, 10. December. National-Anlehen zu 5% 77.— Geld, 77.50 Waare — Neues Anlehen 85.50 G. 86.— W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 65.25 G. 65.75 G. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 744.— G. 746.— W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 172.70 G. 172.80 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. CM. 1953.— G. 1954.— W. — der Galiz.-Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. CM. m. 120 (60%) Einz. 154 — G. 154.50 W. — Wechsel (3 Monate) auf: Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 119.50 G. 119.75 W. — London, für 10 Pfd. Sterling 139.50 G. 139.75 W. — K. Münzdukaten 6.58 G. 6.59 W. — Kronen 19.20 G. 19.23 W. — Napoleond'ors 11.12 G. 11.13 W. — Russ. Imperiale 11.30 G. 11.32 W.

Krakauer Cours am 10. Dezember. Silber-Rubel Agio fl. poln. 110 verl., fl. poln. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 327 verlangt, 321 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 72 verl., 70½ bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 140 verlangt, 138½ bez. — Russische Imperials fl. 11.45 verl., 11.25 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 11.20 verlangt, 11.— bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.50 verl., 6.40 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.60 verl., 6.50 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100 verl., 99 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. österr. Währung 88 verl., 87 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen österr. Währung 66 verlangt, 65 bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 77 verlangt, 75½ bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons mit der Einzahlung 60% fl. österr. Währ. 157 verl., 155 bez.

Neueste Nachrichten.

Eine tel. Privat-Depesche der „Oest. Ztg." meldet aus Pest, 10. Dec.: Die Congregation des Comitats hat um 10 Uhr begonnen. Károlyi und Nyary sprachen für die 48er Gesetze. Die Stadt ist belebt aber ruhig. Ungarische Fahnen schmücken die Gassen.

Aus Italien liegen folgende Nachrichten vor:

Aus Genua, 7. Dezember, wird gemeldet: Einem Gerüchte zufolge hätte ein sardinisches Geschwader Befehl erhalten, nach Gaëta zu gehen und den Platz zu blokiren.

Die „Perseveranza" meldet aus Neapel vom 7. Dezember: Victor Emanuel ist heute von Palermo hieher zurückgekehrt; man hofft, er werde 5 Tage in Neapel verbleiben. In Sicilien wurden zu Statthaltereiräthen ernannt: La Farina für Inneres, Cordova für Finanzen, Lelia für öffentliche Arbeiten und Pisani für den Unterricht. Es wird beabsichtiget, die italienische Armee in zwei große Körper zu theilen; einen mit der Benennung: Armee des Südens, mit dem Hauptquartier in Neapel unter Commando della Rocca's, den andern: Armee des Nordens, mit dem Hauptquartier zu Mailand unter dem Commando Cialdini's. Die Reserve dieser beiden Armeen soll unter den Befehl Lamarmora's gestellt werden, dem auch die Organisation der neuen Regimenter anvertraut wurde. Die Zahl des ganzen Heeres soll sich auf 300.000 Mann belaufen. In Piacenza wird ein vollständiges Regiment Pontonniers mit Magazinen und Equipagen aufgestellt, um alle Puncte des Po bis Casalmaggiore von dort aus versehen zu können.

De Sonnaz erklärt in einem offenen Schreiben, daß wenn er Befehl gehabt hätte, Terracina zu besetzen, er sich durch Goyon's Drohungen nicht hätte abhalten lassen; ferner, daß Goyon nie gewagt habe, ihn zum Rückmarsche aus dem päpstlichen Gebiete oder zur Niederlegung der Waffen aufzufordern.

Wie das Reutersche Bureau meldet, hat der König Franz II. eine Anleihe in Wien abgeschlossen. Die Zahl der auf römischem Gebiete sich befindenden neapolitanischen Truppen ist auf 8000 Mann zusammengeschmolzen.

Paris, 8. Decbr. Der heutige Moniteur enthält ein Circular des Grafen Persigny in Betreff des Preßgesetzes. Dasselbe prüft die Englische Gesetzgebung welche die Discussion der Verwaltungsacte der Regierung gestattet, Angriffe gegen den Staat und die Dynastie aber untersagt. Persigny erklärt: Wenn die Parteien und Schriftsteller, den Willen des Französischen Volkes achtend, in solcher Weise die Freiheit wollen, so werde das Gesetz über die Verwarnung zum todten Buchstaben. Man könne Mißbräuche der Verwaltungsacte discutiren, Ungerechtigkeiten aufdecken; fest stehe, daß Angriffe gegen Staat und Dynastie nicht zu gestatten seien. (Dabei wird es nur darauf ankommen, was man z. B. als einen Angriff auf den Staat ansieht.)

London, 8. Dezember. Die Prinzessin Alice ist mit dem Prinzen von Hessen verlobt.

Wie das toryistische Wochenblatt „The Preß" meldet, wird das Parlament am 5. Februar eröffnet werden.

Nachrichten aus New-York vom 27. v. M. zufolge hat der Gouverneur von Süd-Carolina eine Proklamation erlassen, worin er anzeigt dieser Staat werde sich allem von der Union lostrennen, falls er nicht durch die anderen Staaten unterstützt wird.

Officielle Nachrichten aus China melden: Zwei Thore von Peking sind in der Gewalt der Alliirten. Der Sommerpalast des Kaisers wurde genommen und geplündert. Der Kaiser befindet sich auf der Flucht nach der Tatarei. Die Alliirten werden den Winter in Peking und Nan-Tsin zubringen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Amtsblatt.

Nr. 9775. **Kundmachung.** (2378. 2-3)

Dem Herrn Emanuel Ziffer, Ingenieur der Karl-Ludwigs-Bahn in Krakau sub H.-Nr. 33 Gm. VIII. wohnhaft, sind vom 28./29. August mittelst Einbruch folgende Gegenstände entwendet worden:

1. Ein schwarzer Rock von Schafwollstoff mit schwarzem Sammetkragen, seidenen glatten Knöpfen und schwarzem Seidenfutter im Werthe von 25 fl. öst. Währ.
2. Eine goldene Ankeruhr mit doppeltem Deckel und goldenem Mantel sammt einer dreitheiligen schwarz lakirten stählernen Gliederkugelkette im Werthe von 120 fl. ö. W. Auf dem Uhrmantel ist das Wort „Patent", eingravirt, von Außen ist sie klein strafsirt und hatte einen Sekundenzeiger mit einem Sekundenzifferblatte.
3. Eine Geldtasche von grünem Juchtenleder mit dem Inhalte von 6 fl. ö. W.

Es wird Jedermann aufgefordert, von der etwaigen Wahrnehmung des Thäters oder der benannten Gegenstände diesem k. k. Landesgerichte in Strafsachen oder seiner sonst zuständigen Behörde die Nachricht zu ertheilen.

Krakau, am 30. November 1860.

Nr. 7075. **Concurs** (2380. 1-3)

Die Stelle des k. k. Postexpedienten in Jazłowiec mit welcher eine Jahresbestallung von 100 fl. öst. W. eine Kanzleipauschale von 30 fl. ö. W. und für die drei Mal in der Woche zu befördernde Botenfahrpost zwischen Jazłowiec und Buczacz ein Botenpauschale im Betrage von 200 fl. ö. W. gegen Leistung einer Baar- oder Hypothekar-Kaution per 200 fl. ö. W. verbunden ist, wird mit Ende Mai 1861 erledigt und es wird zu deren Wiederbesetzung hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Hierauf einschlägige dokumentirte Kompetenzgesuche sind unter Nachweisung der Vermögensverhältnisse und der Kautionsfähigkeit binnen vier Wochen bei der gefertigten Postdirection einzubringen.

Von der k. k. galiz. Post-Direction.

Lemberg, am 28. November 1860.

Nr. 58224. **Kundmachung** (2358. 7)

Bei der am 2. November l. J. in Folge der allerhöchsten Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859 vorgenommenen 325sten, 326sten und 327sten Verlosung der älteren Staatsschuld sind die Serien 131,305 und 434 gezogen worden.

Die Serie Nr. 131 enthält 4% Banko-Obligationen von Nr. 32657 bis einschließig 37817 im Capitalsbetrage von 1.242,350 fl. und im Zinsenbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 24847 fl., ferner die nachträglich eingereichten 4% Domestikal-Obligationen der Stände von Kärnten von Nr. 913 bis einschließig 1162 im Capitalsbetrage von 278,417 fl. und im Zinsenbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 5,568 fl. $20\frac{3}{8}$ kr.

Die Serie Nr. 305 enthält 4% Obligationen des vom Hause Goll aufgenommenen Anlehens u. z. Litt. G. von Nr. 401 bis einschließig 600 und Litt. A. von 1483 bis 2881 im Capitalsbetrage von 1.243,200 fl. und im Zinsenbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 24,864 fl.

Die Serie Nr. 434 enthält böhmisch-ständische Aerarial-Obligationen von verschiedenen Zinsenfuße von Nr. 147,177 bis einschließig 148,762 im Capitalbetrage von 1.187,476 fl. $22\frac{1}{4}$ kr. und im Zinsenbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 24,954 fl. $52\frac{1}{4}$ kr. Die in diesen Serien enthaltenen Obligations-Nummern werden in eigenen Verzeichnissen bekannt gemacht werden.

Diese Obligationen werden nach den Bestimungen des allerh. Patentes vom 21. März 1818 auf den ursprünglichen Zinsfuß erhöht, und in so ferne dieser 5% C.-M. erreicht, nach dem, mit der Kundmachung des Finanz-Ministeriums v. 26. October 1858 Z. 5286/F.-M. (R.-G.-B. Nr. 190) veröffentlichten Maßstabe in 5% auf österr. Währ. lautende Staatsschuldverschreibungen umgewechselt.

Für jene Obligationen, welche in Folge der Verlosung auf den ursprünglichen aber fünf Perzent nicht erreichenden Zinsfuß erhöht werden, werden auf Verlangen der Partei nach Maßgabe der in der erwähnten Kundmachung enthaltenen Bestimmungen 5%ige auf österr. Währ. lautende Obligationen erfolgt.

Lemberg, am 15. November 1860.

L. 1909. c. **Edykt.** (2384. 2-3.)

C. k. urząd powiatowy jako sąd w Rozwadowie niniejszém obwieszcza, że pod dniem 2 Listopapa r. b. do L. 1909 cyw. Ignacy Siwek naprzeciw leżącéj massie spadkowéj ś. p. Józefa Warzyckiego wyniósł w tutejszym sądzie pozew o zapłacenie 21 złr. 30 kr. m. k. czyli 22 złr. $57\frac{1}{2}$ kr. w. a. i o pomoc sądową prosił, w skutek czego termin do rozprawy summaryczněj na dzień 28 Lutego 1861 o godzinie 8éj rano wyznaczony został. Ponieważ spadkobiercy ś. p. Józefa Warzyckiego z nazwiska i pobytu sądownie są wiadomi, więc do zastąpienia ich ustanawia się im na ich koszt i niebezpieczeństwo Dyzmę Warzyckiego, włościanina ze Zalesia nad Wisłą, za kuratora, z którym spór ten według postępowania sądowego dla Galicyi przepisanego pertraktowanym będzie.

Obwieszczeniem tém spadkobiercom niewiadomym ś. p. Józefa Warzyckiego poleca si przeto, ażeby w czasie przeznaczonym albo téż potrzebne środki obrony postanowionemu kuratorowi udzielili, lub nareszcie innego za zastępcę obrali i oznajmili, zgoła wszystkie do obrony służące środki prawnie użyli, albowiem wszelkie skutki przeciwne opieszałości swojéj przypisaćby musieli.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Rozwadów, dnia 14 Listopada 1860.

N. 6045. **Edict.** (2383. 1-3)

Vom k. k. Kreisgerichte in Neu-Sandez wird bekannt gegeben, daß über das sämmtliche wo immer befindliche bewegliche und unbewegliche und über das in den Kronländern, für welche die Civil-Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852 Wirksamkeit hat, befindliche unbewegliche Vermögen des Jacob Blumenstock, gewesenen Schnittwaarenhändlers in Neu-Sandez hiermit der Concurs eröffnet wird, und daß zum Concursmassavertreter der hierortige Landesadvokat Dr. Johann Micewski aufgefordert worden ist.

Es werden daher alle, welche an diesen Verschuldeten eine Forderung zu stellen sich berechtigt halten, hiermit erinnert, ihre auf was immer für Recht sich gründenden Ansprüche in Gestalt einer förmlichen gegen diesen Vertreter stylisirenden Klage bis zum 31. Jänner 1861 um so gewisser hiergerichts anzumelden, als widrigenfalls sie von dem vorhandenen oder etwa zuwachsenden Vermögen, so weit solches die in der Zeit sich anmeldenden Gläubiger in der Folge erschöpfen, ungehindert das auf ein in der Massa befindliches Gut habenden Eigenthums- oder Pfandrechtes, oder eines ihnen zustehenden Compensationsrechtes abgewiesen, und im letzteren Falle verhalten werden würden, ihre gegenseitige Schuld an die Massa abzutragen. Gleichzeitig wird die Tagfahrt auf den 21. Februar 1861 um 4 Uhr Nachmittags bei diesem Gerichte angeordnet, bei welcher die angemeldeten Gläubiger den Creditorenausschuß zu wählen, auch gleichzeitig entweder den bestellten einstweiligen Vermögensverwalter zu bestätigen oder einen anderen Verwalter zu bestellen haben, zu welcher auch der immittelst Vermögensverwalter und der Vertreter der Massa zum Erscheinen vorgeladen werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Neu-Sandez, am 21. Novbr. 1860.

L. 1886. **Edykt.** (2373. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Krzeszowicach, podaje niniejszém do powszechnéj wiadomosci, że celem uskutecznienia pozwolonéj w drodze egzekucyjnéj przez publiczną licytacyą sprzedanéj realności pod L. 6 w Alwerni, składającéj się z domu murowanego i gruntu parcell. top. 253, 254, 331, 332/a, 332/c, 332/d i 333/a w ilości jednéj morgi i 452 kwadr. sążni, w jednéj połowie Szymonowi Strycharskiemu, w drugiéj zaś małoletnim Janowi, Franciszce i Florentynie Strycharskim należącéj na zaspokojenie należytości Franciszka Głowni w kwocie 250 złr. mk. c. s. c. pierwszy termin na dzień 15. Stcznia 1861, drugi na dzień 18go Lutego 1861, zaś trzeci na dzień 18go Marca 1861 z tém nadmienieniem wyznaczony został, że realność ta, na trzecim terminie także niżéj ceny szacunkowéj sprzedaną będzie.

O czém chęć kupna mających zawiadamia się z tém dołączeniem, że akt oszacowania i warunki licytacyi w kancelaryi tutejszéj przejrzane być mogą.

Krzeszowice, dnia 20. Listopada 1860.

Z. 4081/Str. I. **Kundmachung** (2345. 10)

in Betreff der Einkommensteuer in der Stadt Krakau für das Verw.-Jahr 1861.

Zu Folge des a. h. Patentes vom 8. October 1860 ist die Einkommensteuer im Verw.-Jahre 1861 nach denselben Bestimmungen, wie es für das Verw.-Jahr 1860 auf Grund des a. h. Patentes vom 27. September 1859 vorgeschrieben, und mit hieramtlicher Kundmachung vom 10. November 1859 Z. 4815 Str. I. verlautbart war, mit Beibehaltung des außerordentlichen Zuschlages, in österr. Währung zu entrichten.

In Absicht auf Grundlagen zur Bemessung der Einkommensteuer für das Verw.-Jahr 1861 hat das hohe k. k. Finanz-Ministerium mit dem Decrete vom 11. October 1860 Z. 4250/F.-M. Folgendes angeordnet:

1. Den Bekenntnissen des Einkommens der ersten Classe, d. i. von den der Erwerbsteuer unterliegenden Gewerben und den Pachtungen, sind für das Verw.-Jahr 1861 die Erträgnisse und Ausgaben der Jahre 1858, 1859 und 1860 zur Ermittlung des reinen Durchschnittserträgnisses zu Grunde zu legen.
2. Die Anordnungen der §§. 21 und 22 des a. h. Patentes vom 29. October 1849 über die Einhebung der Einkommensteuer der zweiten Classe, d. i. von stehenden Bezügen sind auch die von solchen Bezügen für das Jahr, welches mit 1. November 1860 beginnt und am 31. October 1861 endet, fälligen Beträgen anzuwenden.
3. Die Zinsen und Renten der dritten Classe, welche der Verpflichtung des Bezugsberechtigten zur Einbekennung unterliegen, d. i. jene, welche weder von Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen herrühren, noch von Capitalien, welche auf steuerzahlenden Realitäten oder auf steuerpflichtigen Unternehmungen hypothekarisch haften, sind für das Verw.-Jahr 1861 nach dem Stande des Vermögens vom 31. October 1860 einzubekennen.
4. Die Uebernahme, Prüfung und Richtigstellung der Bekenntnisse und Anzeigen für die Einkommensteuer dann die Festsetzung der Steuergebühr wird von der k. k. Kreisbehörde erfolgen, die Entscheidung über die Rekurse gegen die kreisbehördliche Steuerbemessung steht dagegen der hohen k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau zu.
5. Zur Ueberreichung der Bekenntnisse über das Einkommen und der Anzeigen über stehende Bezüge wird die Frist bis Ende December 1860 festgesetzt, endlich
6. hat in dem Falle, wo die Einkommensteuergebühr für das Verw.-Jahr 1861 vor dem Verfalle der ersten Einholungsrate nicht zur Vorschreibung gelangen könnte, die Einhebung und zwangsweise Beitreibung dieser Steuer bis zur Auftheilung der neuen Schuldigkeit, nach der Gebühr des Verw.-Jahres 1860 stattzufinden.

Die zur Ausfertigung der Bekenntnisse und Anzeigen erforderlichen vorgedruckten Blanquette werden bei den Grundämtern den steuerpflichtigen Parteien unentgeltlich verabfolgt werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Kraknu, am 10. November 1860.

N. 4081. **Obwieszczenie.**

dotyczące się podatku dochodowego w mieście Krakowie na rok administracyjny 1861.

Według Najwyższego Patentu z dnia 8. Października 1860 ma być podatek dochodowy wraz z dodatkiem wojennym w roku administracyjnym 1861 na tych samych zasadach w walucie austr. pobierany, jakie w skutek Najwyższego Patentu z dnia 27. Września 1859 r. w roku administracyjnym 1860 obowiązywały i Obwieszczeniem c. k. Władzy obwodowéj z dnia 10. Listopada 1859 N. 4815 do powszechnéj wiadomości podanemi były.

Co do podstaw wymiaru podatku dochodowego na rok administracyjny 1861 c. k. Ministeryum finansowe dekretem z dnia 11. Października 1860 N. 4250/M. S. wydanym rozporządziło, co następuje:

1. Fasyjom dochodu pierwszéj klasy t. j. z tych zarobkowości, które podatkowi zarobkowemu podlegają, jakoteż z dzierżaw mają służyć za podstawę na rok administracyjny 1861 dochody i wydatki z lat 1858, 1859 i 1860 w celu obliczenia czystego dochodu w przecięciu wypadającego.
2. Przepisy §§. 21 i 22 Najwyższego Patentu z dnia 29. Października 1849 r. co do podatku dochodowego drugiéj klasy, t. j. od stałych dochodów, mają być zastósowane do kwot na rok administracyjny 1861, któren się z dniem 1. Listopada 1860 r. zaczyna, a z dniem 31go Października 1861 kończy przypadających.
3. Prowizye i renty, które pobierający obowiązany jest jako dochód trzeciéj klasy oznajmić t. j. takowe, które nie pochodzą ani z procentów od obligacyi publicznych, instytutowych lub stanowych, ani téż z kapitałów na nieruchomych dobrach podatek opłacających, albo nareszcie na przedsiębiorstwach podatkowi podlegających hipotecznie zabezpieczonych, powinny być na rok administracyjny 1861 wykazane podług stanu majątku i dochodu w dniu 31. Października 1860 istniejącego.
4. Odbieranie, sprawdzanie i sprostowanie fasyi i oznajmień, jakoteż oznaczenie kwoty podatkowéj nastąpi ze strony c. k. Władzy obwodowéj, rozstrzyganie zaś rekursów przeciw wymiarowi podatku przez c. k. Władzę obwodową uskutecznionemu, przystoi Wysokiéj c. k. Dyrekcyi krajowéj dochodów skarbowych.
5. Termin do składania fasyi dochodów i oznajmień względem stałych poborów ustanawia się do dnia ostatniego Grudnia 1860 r. nareszcie
6. w razie, gdyby należytość podatku dochodowego na rok administracyjny 1861 przed upływem terminu płacenia pierwszéj raty nie była jeszcze przepisana, natenczas aż do przepisania nowéj należytości, pobór i przymusowe ściągnienie tegoż podatku nastąpi według należytości roku administracyjnego 1860.

Potrzebne blankiety do przedłożenia fasyi i oznajmień wydawane będą stronom podatkowi podlegającym bezpłatnie w urzędach gminnych.

C. k. Władza obwodowa.

Kraków, dnia 10. Listopada 1860.

Wiener - Börse - Bericht

vom 7. Dezember.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	59 25	59 75
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	77 —	77.50
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	— —	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	64.90	65.70
dtto. „ 4½% für 100 fl.	55 25	55 75
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	113 —	113 50
„ 1854 für 100 fl.	89.50	90 —
„ 1860 für 100 fl.	85.75	86.50
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	17.25	17.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl.	88 —	89.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	85.—	86 —
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	85 —	86 —
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	97.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	89.—	—.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	67 75	68.25
v. Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	65 50	66 —
von Galizien zu 5% für 100 fl.	65.—	65 50
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	63 75	64.—

Actien.

	Geld	Waare
der Nationalbank pr. St.	742 —	743 —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	172 60	172 70
der Nied. öst. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	555 —	557 —
der Kais.-Ferd.-Nordbahn 1000 fl. CM.	1955 —	1957 —
der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	283 —	283.50
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	184 —	184.50
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	111 50	112.—
der Theißb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147 —	147 —
der südl. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Fr. m. 120 fl. (60%) Einz.	192.—	193·—
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM. mit 120 fl. (60%) Einzahlung	155.50	156 —
der österr. Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	396 —	398.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	140.—	170 —
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. C. M.	390 —	395.—
der Wiener Dampfmühl-Aktien-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ.	350 —	355.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CM. 6jährig zu 5% für 100 fl.	99.50	100 —
der Nationalbank auf CM. 10jährig zu 5% für 100 fl.	97 25	97 75
der Nationalbank auf CM. verlosbar zu 5% für 100 fl.	89.50	89.75
der Nationalbank auf österr. Wäh. 12monatlich zu 5% für 100 fl.	99 50	100 —
der Nationalbank auf österr. Wäh. verlosbar zu 5% für 100 fl.	85 25	85 50
Galiz. Kredit-Anstalt C. M. zu 4% für 100 fl.	84.50	85.50

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung	107.50	107.75
Donau-Dampfsch.-Gesellsch. zu 100 fl. CM.	94 75	95.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.-M.	111.—	112.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	35.75	36 25
Esterhazy zu 40 fl. CM.	89 50	90·—
Salm zu 40 „	38 —	38 25
Palffy zu 40 „	36 50	37.—
Clary zu 40 „	34.—	35.—
St. Genois zu 40 „	36.75	37.—
Windischgrätz zu 20 „	20.—	205 0
Waldstein zu 20 „	25.75	26.25
Keglevich zu 10 „	14 50	14 75

3 Monate.

Bank-(Platz-)Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3½%	120,—	120 25
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 2%	120.10	120.10
Hamburg, für 100 M. B. 2%	106,—	106.—
London, für 10 Pfd. Sterl. 4%	140 25	140 40
Paris, für 100 Franken 3½%	54.90	55 70

Cours der Geldsorten.

	Geld	Waare
Kais. Münz-Dukaten	6 fl. $43\frac{7}{10}$ Nkr.	6 fl. 65— Nkr
„ vollwichtige Duk.	6 fl. —40 „	6 fl. 61— „
Kronen	18 fl —30 „	19 fl. 28— „
Napoleonsd'or	10 fl. —68 „	11 fl. 20— „
Ruß. Imperiale	10 fl. —95 „	11 fl. 50— „

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 4 November 1860.

Abgang von Krakau

Nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachmittags.
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.
Nach Myslowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.
Bis Ostrau und über Oderberg nach Preußen 9 Uhr 45 Minuten Vormittags.
Nach Rzeszów 8,35 Früh, (Ankunft 11,51 Mittags); nach Przemyśl 10 Uhr 30 Min. Vormit., 8 Uhr 40 Min. Abends. (Ankunft 6 Uhr Nachm., 6 Uhr 48 M. Früh
Nach Wieliczka 7 Uhr 20 Min. Früh.

Abgang von Wien

Nach Krakau 7 Uhr Morgens. 8 Uhr 36 Minuten Abends.

Abgang von Ostrau

Nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

Abgang von Myslowitz

Nach Krakau 1 Uhr 15 M. Nachm.

Abgang von Szczakowa

Nach Granica 10 Uhr 15 M. Vorm. 7 Uhr 36 M. Abends, und 1 Uhr 48 Minuten Mittags.
Nach Trzebinia 7 Uhr 23 M. Mrg, 2 Uhr 33 M. Nachm.

Abgang von Granica

Nach Szczakowa 6 Uhr 30 M. Früh, 9 Uhr Vorm., 2 Uhr 6 Min Nachmitt.

Ankunft in Krakau

Von Wien 9 Uhr 45 Min. Vorm., 7 Uhr 45 Min. Abends.
Von Myslowitz (Breslau) und Granica (Warschau) 9 Uhr 45 Min. Vorm. und 5 Uhr 27 Min. Abends.
Von Ostrau und über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abds.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum red	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage von	bis
10	2	321''' 64	+ 5·3	76	Ost schwach	Nebel		+ 2·6	+ 6·1
	10	23 81	+ 2·6	87	West „	heiter m. Wolken			
11	6	24 36	+ 3·6	63	„ „				

In der Buchdruckerei des „CZAS."

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.